

Merseburger Tageblatt

Verlagspreis für den Einzelverkauf: 1.20, monatlich 3.60, vierteljährlich 10.80, halbjährlich 20.40, jährlich 39.60. Abnahme nach Vereinbarung. — Für auswärtige Abonnenten sind Postgebühren zu erheben. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Merseburg, Markt 1.

Kreisblatt

Einzelverkaufspreis für den Einzelverkauf: 1.20, monatlich 3.60, vierteljährlich 10.80, halbjährlich 20.40, jährlich 39.60. Abnahme nach Vereinbarung. — Für auswärtige Abonnenten sind Postgebühren zu erheben. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Merseburg, Markt 1.

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 133.

Sonnabend, den 21. Juni 1919.

154. Jahrgang.

Tageschronik

Die Regierungstruppe ist da: Rücktritt des Kabinetts Scheidemann!

Das „Für“ und „Wider“ der Fraktionen.

Die Sachverständigen der Regierung empfehlen Ablehnung.

Der Reichsfinanzkommissar warnt vor Folgen der Annahme.

Italien will nicht gegen Deutschland marschieren.

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Propaganda mit englischen Geld in Obersachsen.

Die Gerichte über Freistaatenbildung in Ostpreußen.

Eisenbahnerstreik in Weimar und Jena.

Das Reichskabinett zurückgetreten!

Weimar, 20. Juni, 1.10 Uhr morgens. Das Kabinett ist soeben zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Ein Kompromiß?

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Es war in Deutschland immer so: folgte der Mut zur Tat, so suchte man das Kompromiß. Jetzt wollen wir den Frieden. Es ist die Entscheidung nicht dann, sondern man wählt die Mittel, die man zu dem Zweck anzuwenden hat. Das ist eine alte Weisheit! Wir erleben die Kampagne der Kompromiß, die unserer Regierung den Rücken stärken sollten, und begreifen den Glauben, unsere Feinde würden gerührt von dem einmütigen Willen des deutschen Volkes, uns mit ihren Forderungen entgegenzusetzen. Weit geht die Gegner kommen uns sehr wohl. Sie wissen, Deutschland findet den Mut nicht, die Bedingungen rundweg abzulehnen. Und deshalb haben sie uns beständig mit ihren endgültigen Bedingungen das Ultimatum gesetzt. Da wären wir also soweit, wie wir kommen müssen! Aber hat denn überhaupt daran gewagt, daß sich unter der jetzigen Regierung eine entschlossene Volkswirtschaft bilden könnte? Wer hat je angenommen, daß diese Regierung uns gegen sie stellen würde? Zur Stunde ist es noch zu früh, ob sie sich für die Annahme oder die Ablehnung entscheiden wird. Was sie aber auch tut, ihr Beschluß soll und darf sie nicht belassen, denn es wird kein Kompromiß sein. Wie ist es jetzt, hat man ja am Donnerstag in Weimar nichts anderes getan, als Kompromiß geschieden. Alle möglichen Entwürfe lagen vor. Es fragt sich nur, welchen Geist leuchten wird, ob das Kompromiß sich in diejenigen Ansicht, die den Frieden annehmen wollen, oder an jene, die die Ablehnung suchen und diese nicht direkt auszusprechen wagen, vielmehr sie mit einem Vermittlungsversuch bemühen wollen. Etwas wie Herr v. Bamer, Deutschlands ehemaliger Vizekanzler es getan, der den Standpunkt vertrat, man könnte den Ministern mitteilen, die Nationalversammlung sei zur Annahme der Bedingungen bereit unter dem Vorbehalt, daß die Forderung auf Auslieferung der früheren Kaiser fallen gelassen und Maßnahmen zur Volkswirtschaft ausgesetzt werden. Dieser als eine glatte Ablehnung wäre ein solcher Vorbehalt nicht leicht, denn er zwingt die Ministern zum Handeln. Wir könnten darauf hinweisen, daß wir bereit gewesen wären bis zuletzt den Frieden zu suchen. Und es ist noch nicht einmal in ganz zweifellos, daß ein solcher Vorbehalt, die die Ministern trotz ihres Ultimatum aber gerade deswegen unvorbehalten treffen würde, wirklich möglich wäre. Vielleicht ist zur Stunde, da wir diese Frage erörtern, inoffiziell der Friede schon geschlossen.

Es hat keinen Zweck beweisen zu wollen, weshalb wir die Bedingungen der Ministern nicht annehmen können, es hat keinen Zweck, heute das Volk oder gar die Volkswirtschaft und die Regierung bestehen oder belächeln zu wollen. Denn es kommt gewiß anders als man denkt: So wie es seit dreißig Jahren immer in Deutschland, wenn es eine schwere Entscheidung galt. So wird es auch diesmal sein. Ja, man wird die Befürchtung diesmal nicht los, als es soeben Personen gibt, die in dieser ersten Stunde an sich selbst denken, diese, wie sie glücklich abgeben und als Volkswirtschaft von der Wäh-

abtreten können, jene, wie sie sich an die Spitze zu schwingen vermögen. Scheidemann und Erzberger stehen hierbei im Vordergrund. Scheidemann soll tatsächlich konsequent bleiben wollen. Erzberger aber auch. Scheidemann will ablehnen, Erzberger annehmen. Scheidemann will aber keinen Schritt trocken nicht räumen, auf den Erzberger so gerne eingehen möchte. Es streiten sich die Leute herum, die Emporkömmlinge in Deutschlands schwerer Stunde. Ich werde einmal später hierüber noch etwas schreiben können. Lassen wir diese persönlichen Dinge und denken wir an die Kompromißfrage weiter: Sie ergibt sich am deutlichsten daraus, daß eigentlich in allen Mehrheitsparteien eine Jesuiterei besteht. Und hätte es vollständig auf eine Ablehnung, so würde die konsequente Rechte der Parteien der Nationalversammlung sicherlich mit den aufrechten Zentrumskreisen, Demokraten und Mehrheitssozialisten eine Mehrheit geben. Dazu will man es aber wohl nicht kommen lassen. Entschieden sollen die Parteien der Mehrheit unter sich. Die Entscheidung aber fällt hinter den Rücken, nicht in der Sitzung der Regierung. Zwei starke Männer sind schließlich noch Weimar geblieben: Schuler und Wolff von Berl. Schuler, der in der demokratischen Partei einen harten Einfluß hat, und Stämpfer von „Vorwärts“, dem viele Mehrheitsparteien folgen. Beide sind ausgesprochene Gegner der Unterzeichnung. Beide sind konsequent und wollen nicht einmal Kompromiß. Während Stämpfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, ausdrücklich stets für die Ablehnung des Schandfriedens sprach, sehen sich die anderen Mitglieder, die in der Unterzeichnung, wenn sie zusammen und machen eine Abstimmungsarbeit: Annahmen! Da wird man das Ergebnis der Beratung der Presseleute in Weimar zu beurteilen haben!

Entscheidende Abstimmungen.

Das Für und Wider der Fraktionen.

In Weimar haben am Donnerstagabend die Sozialdemokraten eine Probeabstimmung vorgenommen, bei der sich 75 für und 33 gegen die Annahme des Friedensvertrages ausgesprochen.

Das Ergebnis der Fraktionsabstimmung des Zentrums war bei der Mehrheit erfolgte Beschluß, keine Zustimmung zu erteilen. Diese Voraussetzungen bestehen darin, daß einmal Deutschland die Schuld am Kriege nicht auf sich nimmt, daß zweitens die Entente auf die Auslieferung der Deutschen verzichtet und drittens die Bemerkungen über Deutschlands Unfähigkeit zum Selbstverteidigen gelassen werden.

Bei den Demokraten wurde der Antrag auf unbedingte Zustimmung des Vorparlamentes angenommen. 34 Mitglieder der Unterzeichnung, die anderen 4 dagegen. Im Falle, daß nochmalige Gegenentscheidungen abgelehnt werden sollten, würden acht für die Annahme und 57 für Ablehnung sein.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben, wie schon gemeldet, einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen.

Damit ist die erste Entscheidung gefallen. Die Mehrheitsparteien sind aber dadurch weiter auseinander als vorher. Nur die Sozialdemokraten hat sich für die unbedingte Annahme ausgesprochen, das Zentrum für die bedingte Annahme unter Voraussetzungen, für die voraussichtlich die Sozialdemokraten nicht zu haben sein werden. Nach Meinung der „F. J. H.“ sollen übrigens die einzigen Mitglieder der Nationalversammlung in ihrer Haltung durch Fraktionsentscheidungen nicht gebunden werden.

Zerentralist für Unterzeichnung.

Berlin, 20. Juni. Der Zentralist der deutschen sozialistischen Republik tritt im „Vorwärts“ für die Unterzeichnung des Vertrages ein. Es werde niemand in Deutschland geben, dem das Ja wie das Nein nicht als ein reichsweites Schicksalwort erhebe. Jetzt oder könnte nicht mehr ausgesprochen werden, und der Zentralist halte es für seine Pflicht auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Ergebnis der Zwangslage erfolgen müsse.

Gleichzeitig veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Artikel von Erwin Bach, in dem mit Wärme die Volksabstimmung empfohlen wird.

Die Regierungsvorwürfen gegen die Annahme.

Die Wirtschaftliche und Finanzabstimmung der Regierung, alle die führenden Größen des gesamten Wirtschaftskreislaufes, sind am Donnerstag vormittag in eingehender Besprechung einmütig zu dem Ergebnis gelangt, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht empfohlen können und haben darüber ein längeres Gutachten ausgearbeitet, das die Regierung überreicht haben.

Der Friedensausfluß entscheidet heute!

Weimar, 20. Juni. Der Friedensausfluß der Nationalversammlung tritt heute nachmittags 4 Uhr zusammen.

Den Blick auf Rußland!

Von Carl Gollnd.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Sowjetregierung augenblicklich nicht geht. Die Sowjettruppen, die vor zwei Monaten noch überall (jedenfalls vorwiegend) in die Defensive gedrängt, sich bald in die Offensive zu wenden, sind in der Defensive geblieben, bei denen die Opposition der bäuerlichen Kreise der ganzen Strasse. Besonders in der Ost- und Westfronten, wo die Sowjettruppen besonders stark sind, sind die Sowjettruppen in die Defensive gedrängt. Die Möglichkeit, daß diese schweren Tage bereits den Anfang von Etwas bedeuten, sollte wohl mit in Rechnung gestellt, kann aber durchaus noch nicht mit einer solchen Bestimmtheit behauptet werden, wie es geschieht. Wir sind hier mit auf allerlei durchaus unkontrollierbare Gerüchte, besonders solche, die der Ententepele entnommen, angewiesen.

Wir müssen uns stets klar sein, daß mit der wachsenden Möglichkeit ihrer Lage, die Sowjetregierung um so länger demnach sein wird, den Zusammenhang mit der Revolution in Deutschland zu gewinnen. Doch es ist in Deutschland nicht an Hoffenshören für diese russischen Bestrebungen, sollen wir zur Genüge wissen. Doch leider ist das deutsche Bürgerturn geneigt, bei jeder Ausrufung und dem Aufhören augenblicklicher Aufschreie sich dem Optimismus hinzugeben, es werde immer so ruhig bleiben. Dabei machen die unbedingten und kommunistischen Forderungen gar kein Glück daraus, daß die augenblickliche Ruhe nur die Stille vor dem Sturm bedeutet, und daß sie kommen seien, jede neu eintretende Unruhe läge für das Weiterstreben der Revolution auszumachen. Mit welchen Mitteln die Bolschewisten arbeiten, zeigte eine Nachricht, die kürzlich der „D. Allg. Ztg.“ aus Solingen überreicht wurde. Man hat in Rußland mit einer Massenproduktion ausländischer Rohstoffe begonnen und zu diesem Zweck besondere Volkskommissionen für jedes Land eingerichtet. Hat diese Arbeit hofft man, in allen Ländern, besonders aber bei uns in Deutschland die inneren Schwierigkeiten zu erhöhen.

Das Ziel Deutschlands muß nach zwei Richtungen gehen: Einmal müssen wir mit besonderer Aufmerksamkeit und unter Beteiligung aller Kreise der Bevölkerung dafür Sorge tragen, daß nicht nach in letzter Stunde der möglicherweise zunehmende Bolschewismus in Rußland durch eine neue russische Revolution wieder befeuert und kampfbereit gemacht wird. Andererseits, oder vielmehr erstens, Schritte unternehmen, um zu freundschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu einem neu entstehenden Rußland zu gelangen. Die französischen Väter nationalstaatlicher Richtung haben viel längerer Zeit darauf gedrängt, daß von der Entente aus zu dem Chef der demokratischen-bäuerlichen liberalen Regierung, Admiral Kollidaj, Beziehungen angeknüpft werden. Jetzt ist man drüber hinweg, die Regierung Reichslands bedingungslos anzuerkennen. Was aber hat die deutsche Regierung inzwischen getan? Das Interieur Frankreichs geht darauf hinaus, die in Rußland verlorenen Vermögen seiner staatsloser Erben, die dem Zarismus einstmalig so bereitwillig zur Verfügung gestellten Willens, zurückzubekommen, und außerdem einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Rußlands und Deutschlands aus jedem Fall zu verhindern.

Nun bin ich persönlich der Meinung, daß die Entente sich in der Person Kollidaj täuscht. Zwar kann man wohl annehmen, daß die Entente zu dem russischen Admiral keine Beziehungen anknüpfen würde, wenn sie seiner nach den Ergebnissen dieser fahrigsten Verhandlungen nicht gewillig zu sein glaubte. Aber ist, daß Kollidaj die Hilfe der Entente in Rußland zu nehmen muß, wenn er sein Ziel, die Befreiung Rußlands von dem Bolschewismus erreichen will. Hinter ihm oder neben ihm, wie schon aus der Zusammenfassung der Minister Regierung hervorgeht, nicht jene Kreise, die man in der Vorfragezeit als ausgesprochen deutschfeindlich und damit als ententeunfreundlich annehmen mußte. Hinter ihm haben beispielsweise nicht die Arbeiter, die eher in dem General Denikin in dem Rußlands ihren Mann erblickten. Die führenden Reichslands sind die sogenannten „rechten Sozialrevolutionäre“, Demokraten mit sozialer Aderpein und selbständigen nationalen Prinzip. Ihre wirtschaftlichen Interessen am Warenanstausch mit anderen Ländern bestehen darin, die von ihnen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen Industrieprodukte zu tauschen. Diese Interessen aber müssen sie auf Deutschland übertragen. Dabei kann man wohl annehmen, daß die Entente ihnen offenbart haben, daß deren Ziel, die Befreiung Rußlands durch ihren Bolschewismus ist, ein Ziel, das selbst der auf dem Hügel der Sozialrevolutionäre, lebende bolschewistische Kerneffekt nach seinem täglich notwendigen Aufbruch an die Weltmacht bereits erkannt hat.

Deutschland und Rußland sind Lebensgefährten geworden. Nun bitten, die Selbstbestimmung ausübend müssen wir über die jetzt vorliegenden, aus unbedingten auf Rußland in Beziehungen zu treten. Wir dürfen nicht wieder so lange

Politische Rundschau

Die Stellung der Wiederbestellungskommission nach dem Friedensvertrag.

In der Entente-Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge wird bekräftigt, daß die Wiederbestellungskommission das Recht habe, in die deutsche Finanzverwaltung direkt einzugreifen...

Die Vertreter im Rheinland.

Eine aufsehenswerdende Entfaltung befindet die sozialdemokratische Bezirkskommission für die obere Rheinprovinz durch eine Erklärung in der Rheinischen Zeitung vom 17. Juni...

Der neue Regierungspräsident in Breslau.

Zum Regierungspräsidenten in Breslau ist Oberbürgermeister Wolfgang Jänike aus Zeitz, ein Sohn des früheren Breslauer Bürgermeisters Karl Jänike, bestellt worden.

Englischer Befehl an General Goltz.

Das Ansehen des Zusammenstoßes zwischen britischen Truppen und kaiserlicher Landwehr bei Wenden hat, wie wir hören, der englische General Gogh an den General von Goltz ein Telegramm geschickt, das in der Form eines Befehls die sofortige Zurückziehung der britischen Landwehr fordert...

Blodebe und U-Bootkrieg.

In der Monatshefte der Entente ist auszuführen, daß die Blodebe moralisch und völkerrechtlich einwandfrei gewesen sei, während der U-Bootkrieg die schamloseste und brutale Waffe der Deutschen geblieben habe...

Der Doppelgänger.

Roman von Carl Schifler.

(Nachdruck verboten.)

14) Sollte er aufstehen? Sollte er den Zusammenstoß mit dem Striminsbeamten an der Garderobe vermeiden? Der Gehackte schenkte ihm gut. Er zog seine Geldbörse und seine Wästel suchten den Kellner...

ben sind und daß diese hohe Sterblichkeitsziffer weiter anhält. Hand in Hand damit geht der Gebirgsrückgang und die Todesfälle der Wädherrinnen am Rindfleischfieber...

Erneuerung des Hanf-Bundes.

Nach den vorgenannten Statutenänderungen besteht die Leitung des Hanf-Bundes zulässig aus der Hauptversammlung und dem Präsidium, dem höchsten B. Personen angehören. Die Hauptversammlung tritt alljährlich zusammen und besteht aus Delegierten der Ortsgruppen...

Aus Stadt und Umgebung

Angestelltenbewegung.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Dreiervereinigung u. Umgegend) hielt gestern Abend 8 Uhr im Ratskeller seine 46. jährliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen die Punkte: Vorstandsbericht und Bericht des Vorstands...

Der Goldbater sein Verhöre.

In einem Strafprozeß wegen Urkundenfälschung und Betrugs gegen einen mittelrheinischen Schreibstube kam die Frage zur Verhandlung, ob ein Goldbater als ein Verhöre im Sinn der Strafgesetze anzusehen sei und ob er vom angestelltem Verhöre als öffentliche zu gelten habe...

Sitzung einer Anzeigendünkel.

Der Aufführer-Bund der beruflichen Landes- und Kreisangehörigen hatte an die Nationalversammlung und an die Reichsregierung in Berlin eine Eingabe geschickt, dahingehend, daß viele Millionen deutscher Vaterlandskriegler, denen er nicht weniger wertvoll ist, als man es bei Schaulust-Aufführungen im allgemeinen gewohnt ist...

Die „Tivoli“-Zähler: „Armut“.

Ein literarisches Ereignis für Merseburg war die gelungene Aufführung des fünfaktigen Schauspiel „Armut“ des Wiener Dichters Anton Wildgans. Es wurde auch als solches vom Publikum gewertet, das trotz der nicht gerade im Theaterbesuch einleuchtenden Schwüle des Tivoli-Saals weit zahlreicher kam...

Anton Wildgans' „Armut“ ist eine Dichtung von Schönheit, Tiefe und Gattungsart, die selten, erschaffen und beachtet in gleichem Maße. Wenn bestenfalls Zeit und Ländchen beben, so möchte man dieses Götterkind der Armut einer lobhohen Verehrung verdanken...

Die gelungene Darstellung war, als ganzes genommen, für hiesige Verhältnisse recht erfreulich. Arthur Dechant gab den größten lebenden Vater mit ständiger Empfindung, echt und wahr. Dieser sprach er in der Sterbensstunde alle Liebe, die Wohlwollen blieb aber unerschütterlich. In die schwebende Seele des Vaters fand sich die Seele des Sohnes...

Aus Kreis und Nachbarreisen

Frauenbund der Deutschnationalen Volkspartei.

Halle a. S., 17. Juni. Eine wohlgeleitete Familienfeier veranstaltete der Frauenauschuss des Deutschnationalen Volkspartei's Halle und Saalkreis am Montag, den 16. Juni im großen Saal des Hotels Kaiser Wilhelm...

Es gelang ihm, ohne angestrichen zu werden, durch die erregten Menschen hindurch die Treppe zu erreichen, die nach den oberen Stockwerken führte. Ohne Mantel, ohne Hut, konnte er sich nicht auf die Straße wagen. Da schien ihm die Kludt in die oberen Räume des Hotels zu führen als der beste Ausweg...

